
Sendsperfrist: 24. Januar 2018, 10:30 Uhr

Jahresauftakt-Pressekonferenz 2018

Dr. Klaus Mittelbach

Vorsitzender der Geschäftsführung

Dr. Andreas Gontermann

Chefvolkswirt

Es gilt das gesprochene Wort.

Dr. Andreas Gontermann

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach mehreren Jahren der konjunkturellen Seitwärtsbewegung ist die deutsche Elektroindustrie im vergangenen Jahr 2017 wieder dynamisch gewachsen. Das Wachstum war das höchste seit der Erholung von der Finanzkrise in den Jahren 2010 und 2011. Beim Umsatz konnte der bisherige Rekord aus dem Jahr 2007 endlich übertroffen werden. Beim Export gab es das vierte Allzeithoch in Folge. Und der Beschäftigungsaufbau hat sich weiter fortgesetzt.

Im Einzelnen: Die reale – also um Preiseffekte bereinigte – Produktion der Branche hat sich von Januar bis November 2017 um 4,6 Prozent gegenüber Vorjahr erhöht. Gleichzeitig stiegen die nominalen Erlöse (in denen auch in Rechnung gestellte Dienstleistungen und Software enthalten sind) um 7,3 Prozent auf 174,0 Milliarden Euro. Für das gesamte letzte Jahr läuft es auf gut 190 Milliarden Euro hinaus, also acht Milliarden Euro mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Dabei hat sich mehr oder weniger das gesamte Spektrum an Fachbereichen gut entwickelt. So legte der Umsatz in der Automation – dem größten Fachzweig – zwischen Januar und November um 7,9 Prozent (auf 49,3 Mrd. Euro) zu. Die Erlöse mit elektronischen Bauelementen zogen um 7,6 Prozent (auf 20,6 Mrd. Euro) an. Der gesamte Bereich der Gebrauchsgüter wuchs um 4,4 Prozent (auf 16,9 Mrd. Euro), die Energietechnik um 7,4 Prozent (auf 12,4 Mrd. Euro) und die Medizintechnik um 1,7 Prozent (auf 10,7 Mrd. Euro).

Die Beschäftigung in der heimischen Elektroindustrie hat sich im vergangenen Jahr nochmals um 21.500 auf 868.000 erhöht. Dies ist der höchste Stand seit 16 Jahren! Und im Gegensatz zu den vorherigen Jahren ist 2017 auch die (Arbeits-)Produktivität wieder gestiegen – nämlich um drei Prozent. Gleichwohl sind die Lohnstückkosten nur leicht gesunken. Zu den Inlandsbeschäftigten kommen noch einmal 706.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland hinzu. Weltweit sind inzwischen also fast 1,6 Millionen Menschen für die deutsche Elektrobranche tätig.

Die aggregierten Bruttoanlageinvestitionen der Elektrofirmen in Deutschland kamen 2017 auf 6,6 Milliarden Euro, womit sie um zehn

Prozent höher lagen als im Vorjahr. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung stiegen im vergangenen Jahr um sechs Prozent auf 17,2 Milliarden Euro. Damit hat die Branche erneut ein Fünftel aller privaten F&E-Aufwendungen hierzulande beigesteuert. Für 2018 planen die Unternehmen erneut mit mehr Investitionen, und zwar sowohl in Ausrüstungen als auch in Bauten, vor allem aber in Software, Daten und Prozesse.

Von allen konjunkturellen Größen haben sich auch im vergangenen Jahr die Exporte wieder am vergleichsweise besten entwickelt. Zwischen Januar und November 2017 sind die aggregierten deutschen Elektroausfuhren (einschließlich der Re-Exporte!) um 10,1 Prozent gegenüber Vorjahr auf 183,3 Milliarden Euro geklettert. Im kompletten letzten Jahr kamen sie schätzungsweise nahe an die 200-Milliarden-Euro-Marke heran und damit auf das nunmehr vierte Allzeithoch hintereinander. Ganz im Einklang mit dem breit angelegten weltwirtschaftlichen Aufschwung im vergangenen Jahr stand auch das Wachstum unserer Branchenexporte 2017 auf einem sehr breiten Fundament. Die Ausfuhren in die Industrieländer stiegen von Januar bis November um 8,6 Prozent auf 119,4 Milliarden Euro und die in die Schwellenländer um 13,0 Prozent auf 63,9 Milliarden Euro.

Etwa zwei Drittel ihrer Exporte hat die deutsche Elektroindustrie zwischen Januar und November letzten Jahres nach wie vor in Europa abgesetzt, rund die Hälfte davon im Euroraum. Insgesamt konnten die Elektroausfuhren nach Europa hier um 10,3 Prozent auf 117,8 Milliarden Euro zulegen. Im Geschäft mit der Eurozone gab es dabei ein Plus von 9,8 Prozent auf 57,9 Milliarden Euro und mit dem Rest Europas von 10,8 Prozent auf 59,9 Milliarden Euro.

China war auch 2017 das größte Abnehmerland deutscher Elektroexporte – vor den USA und Frankreich. Die Branchenausfuhren in das Reich der Mitte stiegen zwischen Januar und November des vergangenen Jahres um 18,1 Prozent gegenüber Vorjahr auf 17,4 Milliarden Euro. Höheres Wachstum hatte es hier zuletzt vor sieben Jahren gegeben. Die Exporte in die USA erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 6,9 Prozent auf 15,8 Milliarden Euro – und dies obgleich der Euro gegenüber dem Dollar im letzten Jahr um 15 Prozent aufgewertet hat. Frankreich fragte mit 11,5 Milliarden Euro insgesamt

8,1 Prozent mehr elektrotechnische und elektronische Produkte und Systeme aus Deutschland nach als im Jahr davor.

Selbst die heimischen Elektroausfuhren nach Großbritannien sind von Januar bis November 2017 – trotz gleichzeitiger starker Abwertung des britischen Pfundes – noch um 6,6 Prozent gegenüber Vorjahr auf 9,6 Milliarden Euro gestiegen. Allerdings gab es in allen drei Monaten des dritten Quartals Rückgänge. Großbritannien ist der weltweit viertgrößte Exportabnehmer und gleichzeitig der größte ausländische Investitionsstandort der deutschen Elektroindustrie in Europa (und nach China und den USA der drittgrößte in der Welt).

Ausreißer waren im vergangenen Jahr die Branchenausfuhren nach Russland und in die Türkei. Erstere erholten sich zwischen Januar und November 2017 um 29,7 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro – allerdings auf gegenüber 2012 in etwa halbiertem Niveau. Letztere fielen dagegen um 4,0 Prozent auf 3,0 Milliarden Euro.

Mit 88 Prozent (der betriebsüblichen Vollauslastung) befindet sich die Kapazitätsauslastung in der Elektrobranche aktuell auf hohem Niveau. An neuen Bestellungen hat die deutsche Elektroindustrie von Januar bis November des vergangenen Jahres insgesamt 10,1 Prozent mehr eingesammelt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch hier zeigt sich das Wachstum breit angelegt. So zogen die Inlandsaufträge (mit plus 9,3 Prozent) und die Auslandsaufträge (mit plus 10,8 Prozent) ähnlich stark an. Bei den Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich die Aufträge von Kunden aus dem Euroraum (mit plus 12,2 Prozent) noch dynamischer als die von Geschäftspartnern aus Drittländern (mit plus 9,9 Prozent).

Schließlich liegen sämtliche Merkmale des Geschäftsklimas in der Branche – das heißt: die Beurteilung der aktuellen Lage, die allgemeinen Geschäftserwartungen sowie die Produktionspläne und die Exporterwartungen – (weiterhin) klar im expansiven Bereich.

Bei den Produktionshemmnissen hat es in den zurückliegenden Monaten eine deutliche Verschiebung gegeben. Inzwischen stellt nicht mehr ein Mangel an Aufträgen (also zu wenig Nachfrage) das größte Hindernis dar, sondern wieder der Fachkräftemangel. Auch auf den Beschaffungsmärkten für Material und Rohstoffe zeigen sich vermehrt

Anspannungen. Finanzierungsfragen bereiten dagegen keine Probleme, was angesichts von Nullzinsen und hohen Eigenkapitalquoten (von im Branchendurchschnitt 40 Prozent) auch nicht verwundern sollte.

In der jüngsten eigenen Konjunkturumfrage des ZVEI von November 2017 haben knapp drei Viertel der antwortenden Unternehmen angegeben, dass sie für 2018 ein Umsatzwachstum von mehr als zwei Prozent erwarten. Damit zu unserer Prognose für dieses Jahr: Wir erwarten ein preisbereinigtes Produktionswachstum von drei Prozent und einen Anstieg der nominalen Erlöse auf 196 Milliarden Euro.

Keine Prognose kommt ohne die gleichzeitige Benennung von Risiken aus. Dies umso mehr, als der Aufschwung nun schon recht lange anhält. Deutschland ist 2017 das achte Jahr in Folge gewachsen und dabei zum vierten Mal hintereinander über Potenzial.

- Das Ausmaß an (geo-)politischer Unsicherheit ist weiter hoch. Konflikte in Nahost könnten den Ölpreis stärker steigen lassen.
- Die globalen Schulden (im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung) sind heute höher als vor der Finanzkrise; das gilt vor allem auch für China.
- Sollte in Europa ein großes Land das Vertrauen der Kapitalmärkte verlieren, ist eine neuerliche Krise nicht unwahrscheinlich.
- Insgesamt hängt die Konjunktur noch immer am Tropf der Notenbanken, was den Ausstieg aus der ultra-lockeren Geldpolitik so schwer macht.
- Der Freihandel wird von Protektionismus bedroht.
- Die Folgen des Brexit-Votums bleiben unklar.
- Schließlich lastet der demografische Wandel auf der Produktivität.

Zusammengefasst heißt das: Unser Ausblick ist günstig. Er setzt aber voraus, dass sich der synchrone Aufschwung der Weltwirtschaft weiter fortsetzt und die genannten Risiken beherrschbar bleiben.

Dr. Klaus Mittelbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 5. März feiert der ZVEI seinen 100. Geburtstag, und die von uns vertretene Elektroindustrie zeigt sich so stark wie nie zuvor:

- der Umsatz auf Höchststand,
- die Exporte ebenfalls so hoch wie nie zuvor,
- das größte Wachstum seit der Erholung von der Finanzkrise,
- und, besonders erfreulich, ein erneuter deutlicher Beschäftigungsaufbau (plus 21.500).

Die Elektroindustrie ist in hervorragender Verfassung, unsere Unternehmen bedienen alle Bereiche, die unser Leben beeinflussen. Ob Industrie 4.0, Energie, Mobilität, Gesundheit oder Gebäude: Die Elektroindustrie hat überall in eine Schlüsselrolle. Wir gestalten Zukunft, in Deutschland, Europa, in der Welt.

Die Elektroindustrie beschäftigt in Deutschland über 868.000 überwiegend hochqualifizierte Menschen: 190.000 Ingenieure plus weitere 570.000 Fachkräfte, davon rund 50.000 Software-Entwickler. Solche Qualifikationen sind stark nachgefragt und auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zu finden. Unsere Unternehmen spiegeln uns, dass es immer länger dauert, bis eine Stelle besetzt werden kann. Vier von fünf Mitgliedsunternehmen sagen, dass sie beispielsweise Schwierigkeiten haben, Software-Entwickler auf dem Arbeitsmarkt anzuwerben. Bei manchen Stellenprofilen herrscht Vollbeschäftigung. So erfreulich das ist, der Fachkräftemangel wird mehr und mehr ein Wachstums-limitierender Faktor. Nebenbei bemerkt: In diesem Umfeld eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, ist unverantwortlich gegenüber den Unternehmen wie dem Standort insgesamt. Der Fachkräftemangel ist aktuell das größte Produktionshemmnis, vergleichbar mit den Boom-Jahren vor der Finanzkrise.

Der Fachkräftemangel wird uns noch über viele Jahre begleiten.

Dagegen zu steuern, ist eine immer wichtiger werdende, gemeinsame

Aufgabe für Wirtschaft und Politik: Für die Unternehmen, indem sie ihre Belegschaften weiterqualifizieren, für die Politik, indem sie dafür sorgt, dass der Erwerb von digitaler Kompetenz zum festen Bestandteil des Bildungskanons wird. Dazu gehört in besonderer Weise, dass Lehrer auf diesem Feld besser aus- und fortgebildet werden.

Die Digitalisierung rollt. Die Zahlen lassen erkennen, dass die Erlöse mit Dienstleistungen und Software noch stärker gestiegen sind als die mit Hardware. Wir erwarten, dass sich diese Entwicklung in den vor uns liegenden Jahren weiter ausprägen wird. Vorausgesetzt, dass die Unternehmen – neben ausreichend Fachkräften – auch die passenden Rahmenbedingungen vorfinden.

Hierzu gehören zwei Aspekte, die wir bereits auf unserer Pressekonferenz vor einem Jahr ansprachen: Zum einen die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Zum anderen der Aufbau eines industriefähigen Internets in ganz Deutschland. Während die Forschungsförderung inzwischen ins Sondierungspapier von Union und SPD verschoben wurde – das Bundeswirtschaftsministerium hatte die Umsetzung noch für die vergangenen Legislaturperiode angekündigt – geht es beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur allenfalls im Schneckentempo voran. Dazu passt die Meldung aus der vergangenen Woche, dass jeder Dritte nur halb so schnell surft, wie vereinbart.

Beide Versäumnisse gehen zulasten des Standorts und seiner Wettbewerbsfähigkeit – und zwar stärker als die Politik es offenbar erkennt. An die Koalitionsunterhändler gerichtet sagen wir: Der Staat muss mehr in die Zukunft investieren – in Bildung, Forschung, Infrastruktur – zumal die finanziellen Mittel vorhanden sind. Die Digitalisierung erlaubt kein Zuspätkommen.

Lassen Sie mich die Themen aus dem vergangenen Jahr damit abschließen und über die Energiewende sprechen. In der vergangenen Woche hat der BDI die Studie „Klimapfade für Deutschland“ vorgelegt. Der ZVEI hat sich an ihrer Ausarbeitung beteiligt.

Wichtige Erkenntnisse: Die Energiewende kann wirtschaftlich erfolgreich gestaltet werden und das Klimaschutzziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050

um 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, lässt sich technologisch und wirtschaftlich erreichen. Das deutlich höhere 95-prozentige Reduktionsziel erfordert wesentlich komplexere Anstrengungen. Für den ZVEI folgt daraus, dass die sich hier ergebenden Chancen konsequenter als bisher genutzt werden müssen. Ziel muss sein, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für innovative Klimaschutztechnologien zu machen. Das Potenzial hierfür ist vorhanden.

Die weltweiten Bemühungen (beispielsweise das rechtsverbindliche Pariser Klimaschutzabkommen) werden die Nachfrage nach Klimaschutz-freundlichen Technologien erhöhen. Dies wird die Umsatzchancen mit diesen Technologien aus Deutschland weiter verbessern – schon heute sind unsere Unternehmen auf vielen Feldern führend. Mit einem innovationsfreundlichen Umfeld für Schlüssel-technologien könnte die Politik diese Chancen weiter erhöhen.

Doch wie bereits angesprochen geht es nicht nur um den Export, es geht auch um eine weitreichende Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland. Unser Anspruch muss sein, im eigenen Land zu zeigen, wie durch erneuerbare Energien, Digitalisierung und Energieeffizienz ein leistungsstarkes Energiesystem entsteht, das selbstverständlich auch die Ziele des energiepolitischen Dreiecks erfüllt.

Die Klimapfade-Studie zeigt, dass Energie- und Klimapolitik nicht im Widerspruch zueinander stehen. Klimaschutz ist auch eine Investition in den Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit, bietet Chancen auf Erneuerung. Er setzt zudem Impulse für Investitionen in innovative Technologien. Deutschland kann so zu einem Schaufenster für Klimaschutzlösungen in allen Sektoren werden. Drei Beispiele für Investitionen in die Zukunft:

- In der Mobilität durch konsequente Elektrifizierung, etwa durch den Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur für alternative Antriebe. Deutschland steht für innovative Mobilität. Deshalb ist wichtig, dass neue Technologien gerade bei uns konsequent getestet und zur Anwendung gebracht werden.

- Bei Bestandsgebäuden durch eine entschlossene Verbesserung der Effizienz. Hier kann die öffentliche Hand mit eigenem Beispiel vorangehen: Die Anzahl der Nichtwohngebäude in Deutschland beträgt nur 1,8 Millionen, bei einer Gesamtanzahl von 20 Millionen beheizten bzw. gekühlten Gebäuden. Dennoch entfällt auf die Nichtwohngebäude ein Anteil von etwa 30 Prozent des Endenergieverbrauchs.
- Schließlich durch die Sektorkopplung zwischen Strom, Wärme, und Verkehr. Diese Märkte können mittels einer Reihe vorhandener Technologien viel stärker zusammenwachsen. Als wichtiges Element der Energiewende gilt es, diese Technologien viel besser zu nutzen.

Diese Beispiele ließen sich natürlich fortführen. Sie stehen nur stellvertretend für viele neue Chancen, die die Digitalisierung der Energiewende jetzt bietet. Sie zu nutzen, ist auch ein Lackmustest für die Innovationskultur in unserem Land, die wir viel stärker fördern müssen. Die nächste Nagelprobe ist die Einführung des Smart Meters. Noch in diesem Quartal sollen die ersten vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierten Smart Meter-Gateways vorliegen und können dann eingesetzt werden.

Neu zu denken, Neues auszuprobieren, mutig handeln und in die Zukunft schauen statt angst-besetzt verharren – all das brauchen wir, wenn wir in Deutschland die digitale Zukunft gestalten wollen, für die es keinen Masterplan gibt.

Das trifft auch für die Politik zu, die gesetzgeberisch die Digitalisierung und den Umbau des Energiesystems zusammenführen muss. Zwar haben wir mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Die nächsten müssen jetzt allerdings zügig folgen. Konkret heißt das: Wir brauchen einen Rechts- und Regulierungsrahmen, in dem ein leistungsstarkes dezentrales Energiesystem jenseits fossiler Energieträger aufgebaut werden kann, mit einer starken Verankerung von Energieeffizienzmaßnahmen.

Wir brauchen dringend eine Entschlackung der bestehenden Gesetze und Verordnungen und keine neuen Gängelungen beispielsweise durch

ein neues Klimaschutzgesetz, das sich in den Sondierungsvereinbarungen von Union und SPD findet.

Meine Damen und Herren,

vor einem Jahr haben wir auf unserer Pressekonferenz ausführlich über die Wahl von Präsident Trump gesprochen. Die Verunsicherung war groß. Nicht allen Ankündigungen und Drohungen folgten Taten. Der wirtschaftliche Austausch geriet nicht ins Stocken. Im Gegenteil. Ernst zu nehmen ist jetzt die US-Steuerreform – sie könnte den internationalen Steuerwettbewerb verschärfen. Was uns vor allem beunruhigt ist eine Rückbesinnung der USA auf sich selbst. Nicht nur der weltweite Handel, auch die Digitalisierung braucht multinationale Regeln. Gerade auch beim Thema Cybersicherheit.

Blicken wir auf die Märkte der Elektroindustrie erkennen wir, dass unsere Unternehmen knapp ein Drittel ihres Exportgeschäfts mit den Ländern der Eurozone und ein Drittel mit den anderen europäischen Ländern machen. China und die USA liegen mit Anteilen von jeweils weniger als zehn Prozent dahinter. Europa, unser Heimatkontinent, ist und bleibt damit von überragender Bedeutung. Aber er gibt weiter Anlass zur Sorge.

Vor einem Jahr diskutierten wir den kurz zuvor beschlossenen Brexit, der schon in 14 Monaten wirksam werden soll. Wie schwierig sich die Verhandlungen gestalten, erleben wir alle. Erfreulicherweise zeichnet sich ab, dass der gemeinsame Binnenmarkt und die Zollunion zumindest für eine Übergangszeit bis 2020 erhalten bleiben. Damit ist jedoch nur etwas Zeit gewonnen. Danach droht die vollständige Zoll-Bürokratie mit weitreichenden Folgen für Handel, Lieferketten und Standortentscheidungen.

Die EU hat nur noch dieses Jahr, um die integrativen Kräfte der Gemein zu stärken, bevor im kommenden Jahr der Wahlkampf für die Europa-Wahlen einsetzt. Die abzuarbeitenden Aufgaben sind zahlreich: Es geht unter anderem um Investitionen in Europas Wettbewerbsfähigkeit, ein Forschungsrahmenprogramm mit Schwerpunkt Datenökonomie und Cybersicherheit und die Entwicklung einer industriepolitischen Strategie,

in deren Mittelpunkt die Digitalisierung sowie der Übergang von der einstigen Montan- zur künftigen Digital-Union steht.

Der ZVEI bringt sich bei diesen Themen ein. Unser Verband und die Elektroindustrie stehen zur Union und ihren vier Prinzipien – Freiheit der Dienstleistungen, des Kapitals, der Waren und der Arbeitnehmer. Sie müssen auch in der zu erarbeitenden Vision 2030 weiterhin die Basis der Gemeinschaft bilden.

Die Europäischen Union und der digitale Binnenmarkt werden gerade im internationalen Wettbewerb weiter an Bedeutung gewinnen. Schauen wir auf China. Die aktuell gute Konjunktur sollte nicht unseren Blick verklären. Das Reich der Mitte – so das natürliche Selbstverständnis Chinas – geht zielstrebig voran und plant mit der 860 Milliarden Dollar hohen „Belt and Road Initiative“ (Neue Seidenstraße) sowie der „Made in China 2025“-Strategie den Aufstieg zum Hightech-Land.

Ob Maschinenbau, Biotechnologie, Umwelt- oder Elektrotechnik: Das Land will zu den Weltmarktführern gehören. Spektakuläre Firmenübernahmen wie aus dem vergangenen Jahr sind hierfür nur das sichtbarste Mittel. Das Land setzt mehr und mehr eigene Regeln und verschiebt Wettbewerbschancen zu den eigenen Gunsten. Hiergegen müssen sich Europa und Deutschland entschiedener als bisher stellen. Ein derzeit in Vorbereitung befindliches europäisches Rahmenwerk für Investitionskontrollen darf dabei nicht im Widerspruch zu ausländischen Investitionen in der Europäischen Union stehen.

Wir erwarten Gleichheit und Fairness in den Beziehungen. Wir erwarten ferner, dass China in der Standardisierung keine Alleingänge unternimmt, sondern wie in der Vergangenheit mit internationalen Normungsorganisationen kooperiert. Schließlich erwarten wir Klarheit für unsere Firmen hinsichtlich des Umgangs mit Daten und Rechtssicherheit bei der Umsetzung des China Cybersecurity Law. Nur dann können wir China auch bei der Weiterentwicklung von Industrie 4.0 und bei der Digitalisierung in China unterstützen.

Meine Damen und Herren,

die Elektroindustrie ist die Leitbranche der Digitalisierung. Unsere Themen zahlen auf die Zukunft ein. Künstliche Intelligenz, 5G, Blockchain, Brain-Computer-Interfaces, Gestensteuerung und Eye-Tracking. Wir gestalten Zukunft. Die Begeisterung, die in solchen Innovationen steckt, zeigt Cedric auf unserem YouTube-Kanal. Er, ein junger Mann, erklärt dort, welche Technologien ihn faszinieren.

Alle diese Technologien werden eines Tages alltagstauglich werden, angesichts des technischen Fortschritts eher früher als später. Jetzt ist wichtig, die Zukunft in den Blick zu nehmen und eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen, wie wir in der digitalen Welt leben möchten. Die Politik ist auch hier gefordert. Sie ist im Obligo, muss selbst das hohe Veränderungstempo aufnehmen und darf nicht zurückbleiben. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik dürfen sich nicht voneinander entkoppeln.

Vielen Dank.